

Datum: 08.11.2021
Telefon: +49 (89) 233-92735

@muenchen.de



Am Lage
Landeshauptstadt
München
Stadtkämmerei
Jahreshaushaltswirtschaft
Haushalt
SKA 2.12

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V04737 Haushalt 2022 des Sozialreferates

Beschlussvorlage für den gemeinsamen Ausschuss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses am 30.11.2021
Öffentliche Sitzung

I. An das Sozialreferat

Die Stadtkämmerei erhebt gegen die o.g. Beschlussvorlage grundsätzlich keine Einwendungen.

Die Stadtkämmerei wurde zusammen mit den Referaten beauftragt, eine signifikante Erhöhung bei den Einzahlungen anzustreben und zu prüfen, welche Einzahlungserhöhungen in welchen Bereichen möglich sind.

Das Sozialreferat erzielte in den letzten 10 Jahren durchschnittlich Einzahlungen aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von 6,8 Mio. € und aus privatrechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von 8 Mio. €.

Für das Jahr 2022 wurden im Eckdatenbeschluss Mehreinzahlungen aus öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von 50 Mio. € angestrebt, was einer Erhöhung um 12,5 % entspricht. Bei gleichmäßiger Verteilung der 50 Mio. € würden rein rechnerisch auf Basis der vorstehend genannten Durchschnittswerte etwa 1,85 Mio. € auf das Sozialreferat entfallen.

Das Sozialreferat schlägt eine Anhebung der Gebühr für die Vergabe von gefördertem Wohnraum von 20 € auf 25 € vor, was zu Mehreinnahmen von ca. 14.500 € führt. Weitere Gebührenerhöhungen können zum einen aufgrund der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs (§ 23 DVAsyl - Verordnung zur Durchführung des Asylgesetzes) nicht vorgelegt werden. Zum anderen scheiden Erhöhungen bei privatrechtlichen Leistungsentgelten laut Ziffer 8.3 aufgrund vertraglicher Bindungen oder sozialpolitischer Erwägungen aus.

Die oben genannte Erhöhung um 14.500 € entspricht etwa 0,8 % des oben genannten Betrags von 1,85 Mio. € und bleibt damit weit hinter diesem zurück.

Das Sozialreferat bleibt daher angesichts des Auftrags aus dem Eckdatenbeschluss weiterhin aufgefordert, mögliche Erhöhungspotenziale zu prüfen und entsprechend zur Entscheidung vorzubereiten.

Das Personal- und Organisationsreferat und die Stadtkämmerei weisen darauf hin, dass die im Haushaltsbeschluss dargestellten Haushaltskonsolidierungsbeträge bei den Personalauszahlungen lediglich die Stufe 3 der Reduzierung i. H. v. stadtweit 30 Mio. € abbilden.

Bereits zur Entwurfsplanung 2022 musste der Planwert der Personalauszahlungen der Referate auf die Rahmenbedingungen der Mittelfristigen Finanzplanung 2020-2024 angepasst werden, was bereits zu einer gesamtstädtischen Reduzierung i. H. v. 85 Mio. € führte (siehe Beschlussvorlage „Haushaltsplan 2022 Eckdatenbeschluss“, Sitzungsvorlagen-Nr. 20-26/V03492 vom 28.07.2021, S. 10 ff.)

Für das Sozialreferat bedeutete dies schon eine Einsparung i. H. v. 13,97 Mio. €.

Die Stellungnahme der Stadtkämmerei ist in die Beschlussvorlage einzuarbeiten oder als Anlage beizufügen.

Das Büro des Oberbürgermeisters sowie das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen) erhalten einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.

Gezeichnet

am 08.11.2021